

Wolfgang Braunschädel
Aus: Archiv für die Geschichte des Widerstands und der Arbeit N° 11 / 1991

Johannes Agnoli, Die Transformation der Demokratie
und andere Schriften zur Kritik der Politik
Freiburg: ça ira-Verlag, 1990, 222 S.

„Die Proletarier“, schreiben Karl Marx und Friedrich Engels in der „Deutschen Ideologie“, müssen, „um persönlich zur Geltung zu kommen, ihre bisherige Existenzbedingung, die zugleich die der ganzen bisherigen Gesellschaft ist, die Arbeit, aufheben. Sie befinden sich daher auch im direkten Gegensatz zu der Form, in der die Individuen der Gesellschaft sich bisher einen Gesamtausdruck gaben, zum Staat, und müssen den Staat stürzen, um ihre Persönlichkeit durchzusetzen.“ Wollte man diese Aussage, derzufolge die politische Organisationsform Staat unweigerlich an die spezifisch kapitalistische Organisation der Arbeit gekoppelt ist, zum Kriterium einer Bewertung revolutionärer und reformistischer Marxismen unterschiedlichster Spielarten machen, müßte man ohne Zweifel zu der bitteren Erkenntnis kommen, daß diejenigen, die sich als Marxisten glaubten in die Geschichte einschreiben zu können, durchweg ihr Klassenziel nicht nur nicht erreicht haben, sondern von ihren Intentionen her wohl auch verfehlen mußten: Sozialdemokraten, Sozialisten, Bolschewisten, Parteikommunisten und – im Schnelldurchgang – marxistische Grüne hatten durchweg nicht den Sturz des Staates, sondern dessen Eroberung im Sinne. Erst im Gefolge eines solchen gelungenen Eroberungsfeldzuges sollte die Umwälzung der kapitalistischen Organisation der Arbeit – jedem Marxisten als ökonomische Basis des Überbaus geläufig – in Angriff genommen werden; tatsächlich hat diese Strategie der politischen Machteroberung zwar hier und da – geschichtsträchtigtstes Beispiel ist ohne Zweifel die Machtübernahme der Bolschewiki im Jahre 1917 – zum Austausch politischer Repräsentanten geführt, dem eigentlichen Ziel, der gesellschaftlichen Assoziation freier Individuen, ist man dabei jedoch keinesfalls näher gekommen. Mit der Bestimmung von Rolle und Funktion des Staates, des im engeren Sinne Politischen also, haben sich die Marxisten seit jeher schwer getan – was sicherlich nicht nur daran liegt, daß Marx selbst seine Apologeten, Epigonen und sonstigen Anhänger gerade in dieser Hinsicht insofern im Stich gelassen hat, als er keine ausgearbeitete Staatstheorie hinterlassen hat. Die eigentlichen Schwierigkeiten dieser Diskussion resultieren vielmehr daraus, daß Marxisten in dem Moment, in dem sie sich als Partei organisieren, notwendigerweise auf gerade dem Terrain aktiv werden, das es doch abzuschaffen gilt; als politische Partei unterwerfen sie sich einer Logik, der tatsächlich die Eroberung der Staatsmacht, des Zentrums des Politischen, zum obersten Ziel wird.

1967 hatten Johannes Agnoli und Peter Brückner eine Schrift veröffentlicht, die sich zwar nicht als Beitrag zu einer marxistischen Staatsdiskussion verstand, aber gerade dadurch, daß sie sich mit einer bestimmten Staatsform, dem westlichen, insbesondere bundesrepublikanischen Parlamentarismus beschäftigte, mehr und Erhellenderes zu den Funktionsweisen von Politik und politischen Apparaten zu berichten wußte als mancherlei hochtrabende theoretische Ableitungsdiskussion. Johannes Agnolis Beitrag zu dieser Schrift – „Die Transformation der Demokratie“ – liegt jetzt, zusammen mit vier weiteren die damalige Thematik aufgreifenden und weiterführenden Texten – „Zwanzig Jahre danach. Kommemorativabhandlung zur 'Transformation der Demokratie'“ (1986), „Von der kritischen Politologie zur Kritik der Politik“ (1978), „Wahlkampf und sozialer Konflikt“ (1977) und „Auf dem Weg zur unmittelbaren Demokratie?“ (1986) – in einem Neudruck vor.

In seiner „Kommemorativabhandlung“ skizziert Agnoli nicht nur die Entstehungsgeschichte der 1967 erschienenen Schrift sowie die Argumente einiger Kritiker, die ihm nahe Verwandtschaft mit Carl Schmitt, Linksfaschismus oder auch ein Schwelgen in Verschwörungstheorien glaubten vorwerfen zu müssen; insbesondere widmet er sich den im Gefolge der antiautoritären Revolte wieder auferstandenen und zu neuer Blüte gelangten Staatsillusionen (langer Marsch durch die Institutionen, marxistisch-leninistische Kaderparteien), die ihren – den Niedergang einer revolutionären Linken signalisierenden – exquisiten Ausdruck bei den „Grünen“ gefunden haben. Diese richten sich, so bemerkt Agnoli selbstironisch, „nach den Maßgaben der 'Transformation der Demokratie', denn sie tun genau das, was in der 'Transformation der Demokratie' der 'Opposition seiner Majestät', als einem Bestandteil der politischen Klasse vorbehalten wird. Insofern machen sie aus der ehemaligen 'Bibel der APO' den Knigge des innerparlamentarischen Benehmens und der Präsenz in der großen Staatspolitik.“ Nicht nur die Tatsache, daß – verglichen mit den Jahren, in denen die „Transformation der Demokratie“ geschrieben wurde – kapitalistische Produktionsweise, gesellschaftliche Strukturen und politische Formen – mit anderen Worten: der parlamentarische Verfassungsstaat als „präventive Konterrevolution in Permanenz“ – intakt geblieben sind, sondern insbesondere die Erfahrung, daß trotz aller historischen Erkenntnisse die naivsten Staatsillusionen eine nicht nur, aber vorwiegend, grüne Wiedergeburt erlebt haben, machen die bleibende Aktualität der „Transformation der Demokratie“ aus.

Agnolis „Transformation der Demokratie“ zielte auf die Untersuchung der spezifisch

parlamentarisch-demokratischen Verwaltung des die bürgerlichen Gesellschaften der Neuzeit kennzeichnenden Grundwiderspruchs zwischen gesellschaftlicher Produktion und individueller Aneignung. Die im Staat sich manifestierenden politischen Apparate sind immer Ausdruck des Herrschaftswillens der bürgerlichen Klasse und Transformationsriemen der jeweils unterschiedlichen Gestaltung dieses Herrschaftswillens gewesen. Dies gilt für den konstitutionellen bzw. liberalen Staat des neunzehnten, den faschistischen Staat des frühen zwanzigsten und schließlich auch für den parlamentarischen Verfassungsstaat des späten zwanzigsten Jahrhunderts; ihnen allen ist die Bestimmung gemein, den gesellschaftlichen Widerspruch glätten, ausgleichen und – notfalls auch mit terroristischen Mitteln – absichern zu müssen. Die parlamentarische Demokratie muß also, so Agnoli, „in der Lage sein, disziplinierend in den Widerspruch einzugreifen“, ihn so zu gestalten, daß er an der gesellschaftlichen Oberfläche als pluralistischer und abgesicherter sozialer Friede erscheint. Tatsächlich aber, so Agnoli, verbirgt sich hinter dem schönen Schein des parlamentarischen Pluralismus nichts anderes als eine „Involutionstendenz zu einem autoritären Staat rechtsstaatlichen Typus“, wobei Involution als „Gegenbegriff zu Evolution ... sehr genau den komplexen politischen, gesellschaftlichen und ideologischen Prozeß der Rückbildung demokratischer Staaten, Parteien, Theorien in vor- oder antidemokratische Formen“ bezeichnet. In dieser Welt des schönen pluralistischen Scheins spielen insbesondere die politischen Parteien als vorgebliche Repräsentanten des Volkes jene spezifische Rolle, die dem Staat letzte Legitimation und Salbung zugleich zukommen läßt. Insofern der Staat aber Organ der Verwaltung, keinesfalls der Abschaffung des gesellschaftlichen Grundwiderspruchs ist, sind politische Parteien, gleich welcher Provenienz, allenfalls Teilhaber an dieser Verwaltung, nicht aber Organisationen, die gleichsam stellvertretend diesen Widerspruch lösen und somit die bloß politische Emanzipation in eine soziale Emanzipation überführen. Eine Partei, die sich als Klassenpartei verstanden wissen will und trotzdem an dieser Veranstaltung Staat teilhaben möchte, wird somit notwendigerweise zu einer „staatspolitischen Vereinigung“. Im Angedenken an die historischen Erfahrungen mit der Integration der sozialdemokratischen Parteien in den pluralistischen, nicht an der Lösung von Herrschaftskonflikten, sondern an der Gestaltung von Führungskonflikten interessierten Parlamentarismus, kommt Agnoli zu der Einschätzung, daß „in den westlichen Ländern mit einer politisch profilierten, oder gar teilweise kommunistisch organisierten abhängigen Klasse die Parlamentarisierung der Linken zu einer Lebensfrage des Kapitalismus geworden (ist)“ – eine Einschätzung, die durch spätere Ereignisse (die ablehnende Haltung der französischen KP gegenüber den Ereignissen des Pariser Mai von 1968, die Integrationsversuche der italienischen KP nach dem heißen Herbst von 1969 sowie der lange Marsch bundesdeutscher Linker in grüne Parlamentsfraktionen) in jeder Hinsicht bestätigt wurde. Aus den zuletzt erwähnten Beispielen (französischer Mai, italienischer heißer Herbst, überhaupt die außerparlamentarische Bewegung, insoweit sie libertär im eigentlichen Sinne des Wortes, also nicht etwa in der modernen Variante von ökolibertär, war) folgt aber auch, daß Agnolis kritische Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Demokratie – die keine Parlamentarismuskritik im Sinne einer moralisierenden Gegenüberstellung von Verfassungsrealität und Verfassungsnormen sein will, sondern eine Kritik der Politik als staatlich organisierter Repräsentation gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen – mehr ist als bloß ein Abgesang auf die immer wieder in die Fallen des Parlamentarismus tappende radikale Linke. Agnoli war sich schon seinerzeit bewußt, daß er als staatlich bestellter Akademiker von einem „Randbezirk“ – gewissermaßen einer geschlossenen Anstalt – aus agierte, in der „die Anforderung zur Revolution straffrei erhoben werden kann“. Wohl gerade deshalb, aus der Erkenntnis heraus, daß „Massenspontaneität und Bewußtseinsorganisation“ zusammenwirken müssen, ist er jenen Illusionen nicht aufgesessen, die ihre politischen Absichten von einer politischen Vermittlung nicht zu trennen wußten, sei es, daß sie sich aller besserer Erkenntnis zuwider parteiförmig organisierten oder glaubten, einzelnen Repräsentanten des staatlichen Machtsystems mit der Waffe in der Hand gegenüberzutreten zu müssen. „Aus der Erkenntnis“, schreibt Agnoli zwanzig Jahre später in seiner „Kommemorativabhandlung“, „daß der Kapitalismus das Leben zerstört und sein Staat die Zerstörung institutionalisiert, kann der Schritt ins Emanzipatorische nicht unmittelbar vollzogen, noch die politische Zwangsanstalt negiert werden.“ Dies schließt aber nicht aus, daß es jenseits allen reformerischen Strebens eine Tradition von „stets als 'gescheitert' bezeichneten Rebellen, Häretikern und sonstigen subversiven Elemente(n)“ gibt, die sich weder der Logik des Kapitals noch der des dazugehörigen Staates verpflichtet wußten, sich dieser Logik zu entziehen suchten und immer wieder den Anspruch auf eine Autonomie gegen Staat und Kapital zu formulieren wußten: „Linkskommunismus, Anarchosyndikalismus, vor allem aber revolutionärer Syndikalismus: das sind die Quellen der linken Parlamentarismus-Kritik; in ihren Vorschlägen, Hoffnungen und (meinetwegen!) Utopien, Irrungen und Wirrungen finden sich Motive wieder, die in der 'Transformation der Demokratie' auftauchen.“